

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

25.11.1922 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlshöhe-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
Redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 A — Einzelnummer 10 A — Anzeigengebühr: 10 A für 1 mm Höhe und ein Stabesmal Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifierter Abat, der als Kasierabatt gilt und verzweigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlshöhestr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beibringung und Restrukturierung fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Verarbeitung v. Kartoffeln zu Branntwein.

Die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. September 1921, die die Verarbeitung von Kartoffeln zu Branntwein grundsätzlich verbietet, gilt auch für das laufende Wirtschaftsjahr. Die Einhaltung dieses Verbotes, das Angebots unserer Ernährungslage dringend notwendig ist, wird streng überwacht werden.

* Die Vorstellung des neuen Kabinetts.

Man wird von vornherein gut tun, bei einer Beurteilung des Kabinetts Cuno einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen der Persönlichkeit des Kanzlers selbst und der seiner nächsten Mitarbeiter. Wir wissen jetzt, daß es Herrn Cuno unfählich schwer gefallen ist, überhaupt Männer für das von ihm zu bildende Kabinett zu finden, wir wissen, daß gerade hervorragende Wirtschaftspolitiker und Industrielle die Aufforderung zum Eintritt in das Kabinett als eine Zumutung zurückgewiesen haben. Kurz, wir wissen, daß Cuno, als er sein Kabinett bildete, nur eine ganz beschränkte Auswahl unter Kräften minderen Ranges hatte und letzten Endes froh sein mußte, daß er überhaupt Mitarbeiter fand.

Es ist das natürlich ein höchst betrübender Zustand. Und da diesmal die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung teilnimmt, sind ihre Organe eifrig dabei, jenen deutsch-volksparteilichen Säuglingen, die einen Eintritt in das Kabinett ablehnten, ganz gehörig den Kopf zu waschen. Wenn früher unter Wirth ähnliche Ablagen bekannt wurden, hat allerdings die deutsch-volksparteiliche Presse sich nie scheut, diese Ablagen mit der Abneigung gegen die Person Dr. Wirths zu begründen. Heute werden dieselben Blätter wohl eingesehen haben, daß die Dinge etwas anders liegen.

Besonders Anstoß nimmt die öffentliche Meinung an der Ernennung des Generalsekretärs der Rheinischen Landwirtschaftskammer Dr. Müller-Bonn, zum Ernährungsminister. Dr. Müller wird ganz offen des Landesberrats bezichtigt; er soll rheinischer Separatist und Anhänger Dortens gewesen sein und im übrigen reaktionären, monarchistischen Anschauungen huldigen. Dr. Müller hat sich gegen diese Behauptungen gestern im Reichstag zur Wehr gesetzt. Darauf hat dann der aus dem Rheinland stammende sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann die Behauptungen von neuem unterstrichen und mit Einzelheiten belegt, die, wenn sie sich einwandfrei nachweisen lassen, den neuen Minister unmöglich machen müßten. Jedenfalls kann sich Dr. Müller heute schon gratulieren, daß er nicht in Bayern wohnt. Denn dann hätte ihn ein bayerisches „Volksgesicht“ wohl schon längst gepackt und zu Zuchthaus verurteilt. Siehe Wochenbericht! Oder nicht??

Schweren Bedenken begegnet auch die Ernennung des deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Weder-Hesse zum Reichswirtschaftsminister. Dr. Weder-Hesse stand von Anfang an auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei und seine wirtschaftspolitischen Anschauungen sind so, daß sie nicht nur mit denen der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft, sondern eigentlich auch mit denen des neuen Reichskanzlers selber zusammenstoßen müßten. Es ist also begreiflich, daß die Sozialdemokratie ihm mit Mißtrauen gegenübertritt. Und sollte das neue Kabinett eine Wirtschaftspolitik nach den bisherigen Anschauungen Dr. Weders treiben, so will die Sozialdemokratie, wie sie gestern durch ihren Sprecher erklären ließ, dagegen schärfste Opposition erheben.

Was nun die Rede anlangt, mit der gestern der neue Reichskanzler Dr. Cuno sich selbst und sein Kabinett dem Reichstag vorstellte, so wird jeder loyal gesinnte Politiker zugeben müssen, daß diese Rede im großen und ganzen den augenblicklichen Erfordernissen entsprach, und daß sie in der Hauptsache Gedankengänge vertrat, denen eigentlich jeder zustimmen kann. Dr. Cuno will eine ehrliche, schlichte deutsche Politik treiben und in Durchführung dieser Politik gute Beziehungen pflegen mit den großen übrigen Nationen, „mit denen untrennbar zu werden das Unglück Deutschlands und Europas gewesen ist.“ Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keine Vorteile ziehen können, sondern lediglich Nachteile daraus empfangen. Cuno hat

die Erklärung Rathenaus wiederholt, daß die Reichsregierung jedoch niemals bereit sein werde, besetztes deutsches Gebiet preiszugeben. Zu Verfassungsfreitigkeiten sei jetzt keine Zeit. Wer sein Vaterland wirklich liebt, der diene jetzt zusammen mit der Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung dem deutschen Staate! Die Rechte der Länder werde die neue Reichsregierung aus vollster Überzeugung heraus wahren und Wünsche nach freier Entfaltung möglichst erfüllen.

Die Grundlage der Politik des neuen Kabinetts wird die bekannte Note vom 13. November sein. Die neue Regierung tritt ohne Einschränkung auf den Boden dieser Note und ist fest entschlossen, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zur Durchführung zu bringen. Die neue Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, die Deutschland auferlegten Zahlungsverpflichtungen zu leisten, soweit das möglich ist. Das Wort „erst Brot, dann Reparation“ gilt jedenfalls auch für die Politik der neuen Regierung. Dringend notwendig sind entschlossene, technische Maßnahmen zur Stützung unserer Währung. Eine vorläufige Aktion zur Hebung und Festigung unserer Valuta soll eingeleitet und hierfür von der deutschen Reichsbank die Summe von 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden. Gewiß wird das plötzliche Anhalten der Mark nicht unerhebliche Erschütterungen unserer Wirtschaftslebens ergeben. Die Regierung sieht diese Gefahr, aber sie scheut sie nicht, da „eine akute Gefundungs-Krisis der schleichenden Verfallskrisis vorzuziehen ist.“ Voraussetzung ist natürlich bei alledem ein Entgegenkommen der Gläubiger Deutschlands, wie es in der bekannten Note gefordert wird.

Der Reichskanzler hat im ersten Teil seiner Rede die wirtschaftliche Situation Deutschlands recht treffend und gut, ohne jeden Optimismus gekennzeichnet. Es ist dankenswert, daß er dabei darauf hingewiesen hat, daß eben letzten Endes der verlorene Krieg an dem heutigen trostlosen Zustande schuld ist. Die Frage der Erfüllungsmöglichkeit und ihre Grenze ist dann der Politik der vorigen Regierung geklärt worden. Die Sachverständigen der Gläubiger selbst erklären, daß Deutschland nicht zahlen kann.

Der Reichskanzler erwartet eine Steigerung der Leistungen von allen Beteiligten, von den Unternehmern, wie von den Arbeitern im weitesten Sinne dieses Wortes. Unproduktive Arbeit darf es in Zukunft nicht mehr geben. Der Wucher muß energisch bekämpft werden. Wo durch übermäßige Vereinigungen von Industrie und Handel, durch unbillige Preis- und Abgabebestimmungen die Freiheit des Wettbewerbs unterdrückt wird, soll die Gegenwehr der Verbraucher und Verbraucher möglichst unterstützt werden. Wenn Dr. Cuno diesen Grundsatz verwirklicht, wird er dabei wohl auf die Gegnerschaft der großen Industriemagnaten stoßen. Denn Herrn Stinnes und Konjorten wird diese Politik sicherlich nicht zusagen. Soffentlich wird sie verwirklicht!

Den Wünschen des Handwerks wird die neue Regierung entgegenkommen. Was die Arbeitszeit betrifft, so soll unter Festhaltung des Achtstundentages die Zulassung gesetzlicher, begründeter Maßnahmen geregelt werden. Die neue Regierung appelliert an die Landwirtschaft, die Ablieferung der Getreideumlage zu beschleunigen. Bei der Preisfestsetzung für Getreide soll den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Besondere Unterstützung ist den Kriegsbeschädigten, den Sozialrentnern und allen wirklich notleidenden Kreisen des Mittelstandes zu leisten. Des Reichskanzlers Stellung zum neuen Staat scheint die einer vernünftigen, vielleicht etwas kühlen Toleranz zu sein. Ein besonderes Bekenntnis zur Republik hat die Sozialdemokratie, wie ihr Sprecher gestern hervorruft, vermisst.

Es ist jetzt abzuwarten, wie sich das Ausland zu der Antrittsrede Dr. Cunos stellen wird. Im Reichsparlament selbst wird der Antrag, der es billigt, daß die neue Regierung das Programm der Note vom 13. November durchführen will, wohl von einer sehr großen Mehrheit angenommen werden. Die Preßstimmen aus Frankreich, die in den letzten Tagen zu uns herübergedrungen sind, klingen eigentlich wenig verheißungsvoll. Noch vor kurzem hat die führende französische Presse, deren Hintermänner offenbar gute Beziehungen zu einzelnen großkapitalistischen deutschen Volksgenossen unterhalten, einer Verbreiterung der Koalition durch Einzunahme der Deutschen Volkspartei das Wort geredet und überhaupt dieser Partei, die ja nicht nur nach französischer

Meinung das Großkapital vertritt, eine besondere führende Rolle im parlamentarischen Leben Deutschlands zuerkannt. Und diese Äußerungen scheinen in Deutschland in einzelnen Kreisen ja auch nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Was erleben wir aber heute? Dieselbe Pariser Presse, die so gesprochen hat, tut heute entsetzt darüber, daß die Sozialdemokraten nicht mit im Kabinett sind, und sucht die neue Regierung als eine für Frankreich gefährliche nationalistische Rechtsregierung zu verdächtigen oder gibt mit einer für das deutsche Großkapital vielleicht etwas verblüffenden Naivität der Meinung Ausdruck, daß die deutsche Regierung jetzt in der Lage sei, tüchtig zu zahlen, da die Vertreter der wirklich kapitalkräftigen und breiten Schichten ihr angehörten. Ob das nach dem Sinn der Industriemagnaten ist, möchten wir bezweifeln.

An sich ist der Grundsatz natürlich richtig, daß, wenn schon etwas gezahlt werden muß, die Leute es zu zahlen haben, die die großen Geldbeutel besitzen. Und wer das ist, wissen wir ja. Soffentlich wird die aktive Teilnahme an der Regierung den großkapitalistischen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei die Befolgung dieses Grundsatzes besonders nahe legen! Gerecht ist das nicht, dann müßte man sich allerdings mit aller Mäßigkeit und Ruhe fragen, welchen Zweck die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung haben soll.

Unfreiwillige japanische Anerkennung deutscher Kolonialleistung.

Die „Nichi-Nichi“ haben kürzlich an der Verwaltung der Südbseeinseln durch die japanische Regierung eine sachliche aber scharfe Kritik geübt, die zugleich, sicherlich unabsichtlich, eine Anerkennung der früheren deutschen Kolonialverwaltung dieses Gebietes enthält.

Das japanische Blatt kritisiert scharf das Überwachen des Bürokratismus in dem die Verwaltung des ehemaligen deutschen Schutzgebietes ausübenden Südbseeamtes. Für dieses kleine Gebiet mit ihm ganzen etwa 50 000 Einwohnern müßte die Regierung einen jährlichen Zuschuß von mindestens 3 Millionen Yen zahlen. Das Blatt sagt spöttisch: „Man kann nicht sagen, daß durch einen hohen Betrag der Verwaltungsausgaben allein das Glück der Bevölkerung gefördert wird.“

Diese hohen Verwaltungskosten entstehen vor allem dadurch, daß sich die Zahl der die Verwaltung ausübenden Beamten fortgesetzt vermehrt. „Nichi-Nichi“ behauptet, daß, wenn man die höheren und niederen Beamten, Volksschullehrer, Schutzleute usw. zusammenrechnet, die Gesamtzahl der Beamten mehr als 1000 ausmache, so daß bei einer Bevölkerungsziffer von 50 000 Einwohnern 1 Beamter auf kaum 50 Einwohner kommt.

Wie verhielt es sich mit der Zahl der Beamten und den Ausgaben und Einnahmen der Inselgruppe zur deutschen Zeit? Darüber schreibt „Nichi-Nichi“: Wenn man an die Zeit zurückdenkt, wo Deutschland die jetzt unter das Mandat Japans gefallenen Südbseeinseln regierte, so sieht man, daß die Inseln, unter der Leitung des Gouverneurs von Neu-Guinea stehend, in zwei große und fünf kleine Verwaltungsbezirke zerfielen. Zur Zeit der Besetzung durch Japan hielten sich auf den Inseln nur 20 deutsche Beamte auf. Die Jahresausgaben für die Inseln betragen unter deutscher Herrschaft 35 000 Yen und die Jahreseinnahmen 350 000 Yen. (Da das Phosphatwerk von Angaur ein Privatunternehmen ist, so sind dessen Einnahmen nicht in die amtlichen Einnahmen mit eingeschlossen.) Vom Standpunkte der Finanzwirtschaft war somit der Südbseearchipel eine sich gänzlich selbst erhaltende Kolonie. Man muß eingestehen, daß Japan im Vergleich mit Deutschland in der Verwaltung verschwenderisch und ökonomisch verfährt.

Das Blatt zieht auch einen Vergleich mit englischer Kolonialverwaltung; auch dabei kommt Japan schlecht fort. Für den Engländer sei die Kolonialverwaltung ein Geschäft. Nehme man diesen Standpunkt ein, so müßte man das Verhalten Japans in den Südbseeinseln ein „Handelsgeschäft durch ungeschickte Leiter“ nennen, bei dem man unter Hintansetzung von Verzinsung und Güte der Handelswaren lediglich auf ein möglichst großes Geschäftspersonal stolz sei. Man verschwende das Geld nutzlos, denn man nütze weder dem japanischen Staate, noch den Einwohnern der Inselgruppe.

Entgegennahme der Regierungserklärung.

Stimmungsbild.

Aber den gestrigen ersten Zusammentritt des neuen Reichskabinetts und die Rede Dr. Cunos wird der „N. N. Vds.“ folgendes Stimmungsbild aus Berlin gebracht:

Man ist schon lange nicht so neugierig gewesen. Eine neue Regierung, ein neuer Kanzler, den die wenigsten, auch die Abgeordneten, von Angesicht kennen. Vor dem Portal des Reichstagsgebäudes, das die Mitglieder der Regierung und des Reichstags benutzen, dichtes Spalier, gezielte Kameras. In der Wandelhalle große Promenade. Man zeigt einander die führenden Männer des Reichsparlamentes und — ihre Damen, die an einem solchen Tage natürlich auf den Tribünen nicht fehlen wollen. Dort oben drängt sich Kopf an Kopf eine schwarze, dunkel gekleidete Masse, auch unten im Saal überwiegt das feierliche Schwarz in den Sitzeihen. Kurz nach 1 Uhr sind alle Plätze voll besetzt, hinter der Regierungsbank die dichte Mauer der Staatssekretäre und höheren Beamten der Reichsministerien.

Die Glocken schrillen. Noch ist die Regierungsbank selbst leer. Der erste Minister, der den Saal betritt und verbindlich nach allen Seiten grüßt, ist der Verkehrsminister Gröner, ihm folgt der neue Justizminister Heine, der Reichsinnenminister Oeser, Schatzminister Albert, der sich hier von früher her zu Hause fühlt, drückt zahlreiche beglückwünschende Hände. Herr von Rosenbergs kommt, der neue Außenminister, der von seinem Platz aus fortwährend grüßenden Bekannten zuwinkt, und zuletzt der Reichskanzler, schlanke, elegant, aufsehend ohne eine Spur von Befangenheit auf diesem ihm völlig neuen Platz.

Die Vogenlampen flammen auf und der Präsident schwingt die Glocke. Mit den üblichen Formalitäten eröffnet er die Sitzung. Eine Minute noch, dann verkündet der Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein. 1. Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Das Wort hat der Herr Reichskanzler. Auf seinem Platz auf der Regierungsbank erhebt sich Dr. Cuno. Während er die Brille aufsetzt, tönt es von der linken Seite her: Aufsichtsrat der Stimmengruppe (Stimmische Protestrufe auf der Rechten). Etwas betroffen sieht Cuno nach der Seite, woher der Zwischenruf kommt, dann wendet er sich achselzuckend zurück, ergreift das Manuskript und beginnt seine Rede zu lesen.

Die Programmrede Dr. Cunos.

In schwerer Schicksalsstunde unseres Vaterlandes hat der Herr Reichspräsident mir nach dem Austritt des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüchler und seines Kabinetts am 16. November den Auftrag erteilt, die neue Regierung zu bilden. Der Reichskanzler erwähnt dann die Weisung des Reichspräsidenten und stellt hierauf die Mitglieder seines Kabinetts dem Hause vor. Das Reichsministerium für Wiederaufbau ist offen geblieben. Ich unterschätze die außerordentliche Bedeutung seiner Aufgaben in keiner Weise, aber bei der Persönlichkeit seines gegebenen Staatssekretärs ist aus einer Fortdauer des Schwerezustandes eine Weintrübsung der sachlichen Arbeit nicht zu besorgen. Ebenso ist der eintägige vorgesehene Kosten Sprechministers unbesetzt geblieben. Der Reichskanzler wollte damit praktisch zum Ausdruck bringen, daß in der Zeit, in der wir leben, gearbeitet und nicht geredet werden sollte. Der Reichskanzler widmete sodann dem abgetretenen Reichskanzler Dr. Brüchler seine besten Wünsche und des Dankes für die geleistete Arbeit, in der er sich durch nichts habe beirren lassen, weder durch Enttäuschung von außen noch durch die leider auch zu verzeichnende unbesetzte Angewiesung seiner besten Mitarbeiter im Innern.

Die neue Reichsregierung steht nicht auf der breiten parlamentarischen Basis, die ich auf Grund des nunmehr zu erörternden Programms zu welchem die fünf Fraktionen dieses Hauses einseitig Stellung genommen habe, erwarten durfte. Das sei lebhaft zu bedauern, weil die Regierung der Überzeugung ist, daß in den uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte uns vor dem schlimmsten Unheil bewahren kann. Dazu berufen, auf dem durch die Verfassung gegebenen Boden der republikanischen Staatsform die Regierung des Reiches zu führen, hätten wir es begrüßt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit im Kabinett bereit gefunden hätten. Der Reichskanzler spricht aber die Hoffnung aus, daß es zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Kabinett kommen möge, und daß dieser Geist der positiven gemeinsamen Arbeit alle staatsrechtlichen Kräfte auf einem Boden zusammenführe. Die Arbeit, die der Regierung bevorsteht, ist klar und schwer. Deutschland, das der Menschheit so viel an höchsten Werten der Gerechtigkeit und Genußnahme gegeben hat, soll im Umkreis gleichberechtigter Völker wieder ein sich selbst bestimmender, aus eigener Kraft und eigenem Recht lebender Staat werden, nach außen in jenem Einklang des nationalen Selbstbestimmungsrechts mit dem gleichen Rechte der anderen Völker, das allein den dauernden Frieden der Menschheit verbürgt, nach innen ein Staat einer auf Leistung begründeten Wohlfahrt, guter deutscher Gesittung und Kultur, des sozialen Friedens und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses.

Der Reichskanzler entwirft dann ein Bild des heutigen Deutschlands. Er geht auf den Versailler Vertrag zurück, von dem er sagt, daß er mit dem rechtsgültig geschlossenen Vorvertrag nicht im Einklang stehe und auf die Folgen dieses Vertrages. Der Streit um die Politik der Erfüllung wurde zum Schaden für unseren innerpolitischen Frieden aus einer Frage nücherner wirtschaftlicher Abwägung zu einer Frage der Gesinnung gemacht. Heute ist die Frage der Erfüllungsmöglichkeit und ihrer Grenzen geklärt. In Cannes, in Genoa und später überzeugten sich die Alliierten, daß die Deutschland auferlegte Last unerträglich ist. Sachverständige aus den Gläubigerstaaten haben dies bestätigt. Nicht, daß es das Verlangte nicht zahlen wolle, sondern die Gläubiger und die Sachverständigen der Weltwirtschaft erklärten, daß Deutschland nicht zahlen kann. Der Kanzler weist dann auf die große Zahl der Besatzungstruppen im Rheinlande hin, die, wie die übermäßigen Leistungen an Rohstoffe und der Stärkebedarf an Auslandsgetreide Deutschland große Lasten aufbürden. Diese Überlastung Deutschlands und die fortwährenden ultimativen Drohungen haben Deutschlands wirtschaftliche Zukunft aufs schwerste erschüttert und haben auch im Innern Deutschlands Leistungsfähigkeit geschwächt.

Ausführlicher geht dann der Reichskanzler auf die ungeheure Umschichtung der Lebenshaltung des deutschen Volkes ein, die durch den Fall der deutschen Mark bedingt ist. Es liegt im Befehl der Weltwirtschaftslehre, daß der wirtschaftliche Zustand Deutschlands bei diesen fortschreitenden Ursachen weiter sinken muß. Unsere Wirtschaft arbeitet zwar, gleichwohl sinkt die Wirtschaft. Im Vordergrund der Verantwortung und Sorge der Regierung steht

die Reparationsfrage.

Die Stellung der Regierung hierzu ist klar und einfach. Wie die Regierung es als ihre Pflicht betrachtet, ein gerechteres Urteil über die Schuldfrage herbeizuführen, ebenso be-

trachtet sie es als notwendig, nach diesem verlorenen Krieg zur Abtragung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen, insbesondere zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich zu leisten, was nach Bedung der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Solche Begrenzung entspricht dem Versailler Vertrag, wonach die deutschen Leistungen nach dem Grade der Leistungsfähigkeit abzumessen sind. Das Wort „erst Brot, dann Reparationen“ fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch ineinander. Diese Politik ist die

Politik der Selbsterhaltung der Nation.

Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage ein Wirtschaftssache und nicht etwa ein Instrument machtpolitischer Absicht, kann dieser Politik entgegenstehen. Der Kanzler spricht die Hoffnung aus, daß die Einsicht von der Notwendigkeit einer lebensschaffenden Behandlungsweise der Reparationsfrage sich auch in den Ländern unserer früheren Gegner immer mehr Bahn brecht. Namentlich von Amerika, dessen Unterstützung unbedingt notwendig ist, erhofft dies der Reichskanzler. Der Kanzler geht dann auf die vom Reichskanzler Dr. Brüchler gerichtete Note vom 13. Nov. an die Reparationskommission ein. Er gibt im Namen der neuen Regierung die Erklärung ab, daß sie ohne Einschränkung auf dem Boden dieser Note steht und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zu vertreten. Die Regierung macht sich das Wort der Sachverständigen zu eigen, daß Deutschland sich eine eigene aufbauende Politik schaffen muß. Diese müsse in einem Zuge vereinen die grundsätzliche Politik der Wirtschaftsförderung und entschlossene technische Maßnahmen der Währungsstützung. Die neue Regierung will sofort eine vorläufige

Aktion zur Hebung und Festigung der Mark

einleiten. Dafür soll von der Deutschen Reichsbank ein Betrag von 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden, trotz der Gefahren bei einem eventuellen Scheitern der Aktion. Denn, wer wollte nicht die akute Geldnotwendigkeit der schleichenden Verfallstris vorziehen? Grundbedingung aber sei, daß Deutschland auf 3-4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen auf den Vertrag von Versailles befreit werde und die von Deutschland in der Note gestellten anderen Bedingungen erfüllt werden. Der Reichskanzler polemisiert sodann gegen die letzte Rede Poincarés in der französischen Kammer und widerlegt sie Punkt für Punkt, was die zu gering angegebenen Ausfuhrziffern Deutschlands und die Wareneinfuhr betrifft. Solange die Politik der Ultimaten gegenüber Deutschland Geltung hat, werde Deutschland seine Mark nicht stabilisieren können. Allerdings müsse Deutschland auch selbst zur Hebung der Wirtschaft beitragen. Die Regierung erwartet eine Steigerung der Leistung von allen Beteiligten, den Unternehmern wie den Arbeitern. Es wird vor allem ein Abbau der unproduktiven Arbeit angestrebt sein. Das ist nicht bloß Produzenten, sondern auch Konsumentenpolitik. Damit solle dem Bürger nicht die Bahn freigegeben werden. Wo mächtige Vereinigungen von Industrie und Handel durch unbillige Preis- und Absatzbedingungen die Freiheit des Wettbewerbs unterdrücken und Verarbeitern und Verbrauchern ungerechtfertigte Lasten auferlegen, soll deren Gegenwehr durch die Tätigkeit der Reichsregierung verstärkt werden.

Für das Handwerk soll die Möglichkeit verbesserter Organisation alsbald gefestigt werden. Das Arbeitszeitgesetz soll gesetzlich unter Festhaltung des Achtstundentages und gesetzlich begrenzter Ausnahmen geregelt werden. Der Schatz der Arbeitskraft und der freiwillige Aufbau des Arbeitsrechts sollen ständig im Auge behalten werden. An die Landwirtschaft richtet der Reichskanzler die Mahnung, der Volksgemeinschaft weiter Opfer zu bringen und die Wiltisierung der fälligen Getreideumlage möglichst zu beschleunigen. Es ist der feste Wille der Reichsregierung hierfür alle Kraft einzusetzen, wobei bei der Preisfestsetzung den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden soll.

Die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, eine höchstmögliche Steigerung der Produktion zu fördern. Trotz der Verarmung des Staates werde sich die Regierung das Schicksal der Kriegsbeschädigten und der Sozialrentner angelegen sein lassen, wobei die Länder mitwirken sollen. Der Reichskanzler appelliert auch an die private Hilfsbereitschaft und dankt im Namen des Volkes den menschenfreundlichen Spendern aus anderen Ländern.

Schließlich geht dann der Reichskanzler auf die notwendige Steigerung der Reichseinnahmen ein und in Verbindung damit auf eine zielbewusste Beschränkung der Staatsausgaben auf das unbedingt Notwendige. Die Regierung will eine Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne des Wortes betreiben. Am Schluß seiner Rede erklärte der Reichskanzler, daß er auf ein friedliches Zusammenleben mit allen Völkern Gewicht legen werde, insbesondere auch mit den großen Nationen, mit denen entgegen zu werden das Unglück Deutschlands und Europas war.

Es werde ihm persönlich eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die er mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, nun unmittelbar für den Dienst des Reiches fruchtbar zu machen. Was wir treiben werden, sagte der Kanzler, soll eine eheliche, schlichte deutsche Politik sein, die nichts mit den Schlagworten einer Ost- oder Westpolitik zu tun hat. Solche Gegenüberstellung erwidert den Anschein, als wollten wir den Osten gegen den Westen oder umgekehrt ausspielen. Dazu sind wir aber weder willens noch imstande. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern lediglich Nachteile verhängnisvoller Art erfassen. Was Deutschland und nicht nur Deutschland, sondern die Welt und die Weltwirtschaft brauche, ist nicht Uneinigkeit, sondern Einheit und Arbeit und ist für Deutschland im besonderen der Blick ins Freie und in eine bessere Zukunft. Wohl wissen wir, daß Deutschland deutsch bleiben wird und keines seiner Länder dem Herzen und dem Geiste nach von Deutschland abgetrennt werden kann, aber der Möglichkeit wollen wir offen ins Auge sehen, daß es Bestrebungen jenseits der Grenzen gibt, die auf neue Bedrückungen und Eingriffe abzielen. Mit Sorge sind die Blicke auf die schwergeprüfte Bevölkerung der besetzten Gebiete am Rhein gerichtet, die nun schon seit vier Jahren mit bewundernswürdiger Geduld die harten Leiden und Lasten einer Besetzung trägt, deren Art dem Kulturempfinden der gestellten Welt widerspricht.

Auch die brennende Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten berührt der Kanzler. Er betonte, es nicht zu bedauern, daß die Länder eine stärkere Lebenskraft zeigen, als viele in den Jahren der Umwälzung glauben in der Heimats- und Staatsneigung entwickeln zu müssen, die letzten Endes auch dem Reiche zustatten kommen. Die Regierung werde darum aus Überzeugung die Rechte der Länder wahren bis zu jener Grenze, die von der notwendigen Reichsgemeinschaft der deutschen Staatsbürger oder der Sicherheit des Reiches bebunden wird. Der Kanzler schloß: Deutschland kann gedrückt und gedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Zum Schluß der Rede, deren Wirkung stark beeinträchtigt war durch einen etwas störenden Vorzug, ertönte Bravo-

rufe wieder aus den Reihen der Deutschen und der Bahrischen Volkspartei, während die übrigen Parteien sich passiv verhielten. Darauf wurde die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen, um gegen 4 Uhr mit der Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt zu werden.

Die Aussprache im Reichstag.

Abg. Breitfisch (Soz.)

leitet die Aussprache über die Regierungserklärung mit einer größeren Rede ein. Er wirft einen Rückblick auf die Entstehung der Regierungskrise, die dadurch hervorgerufen wurde, daß die bürgerlichen Parteien angesichts des wachsenden Selbstgefühls des Kapitalismus bestrebt waren, ihren Einfluß in der Regierung zu stärken und den der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Der Anfang der Regierungskrise fiel zeitlich zusammen mit der Ernennung Rathenaus, als die unabhängige Sozialdemokratie sich bereits erklärte, zum Schutz der Republik in die Regierung einzutreten. Die bürgerlichen Konstitutionsparteien wollten davon nichts wissen, sie beantworteten den Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Fraktionen durch ein Bündnis freier Liebe mit der Deutschen Volkspartei. Das Ergebnis, die Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, mußte abgelehnt werden von der Sozialdemokratie, obwohl diese Partei niemals der politischen Verantwortlichkeit ausweichen ist. So kam Dr. Brüchler zu Fall, nicht aus irgendwelcher persönlichen Voreingenommenheit gegen Dr. Brüchler oder um dem Zentrum einen Affront anzutun, sondern vorzugesagen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk dem Kabinett Brüchler noch einmal danken wird, daß es die Erfüllungspolitik mit Konsequenz zum Nutzen des deutschen Volkes betrieben hat. Wir wissen Herrn Brüchler Dank, daß er sich so ehrlich zur Republik bekannte, nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat. Mit der Volkspartei konnten wir nicht zusammen regieren, weil sie mit Herrn Sinnes identifiziert werden muß, der für den Behauptungstag u. gegen die Stabilisierung der Mark kämpft. Freilich sitzen bei den Demokraten viel Männer, die sich von Herrn Sinnes kaum unterscheiden, aber mit dieser kleinen Partei in der Regierung konnten wir leichter fertig werden, als mit der stärkeren Volkspartei. Das Kabinett Cuno ist nur ein Notbehelf, und die Legende ist bereits zerstört, daß es ein Kabinett über den Parteien sei. Es wäre besser gewesen, wenn die Kanzlerrede kürzer und, inhaltreicher gewesen wäre. Das jetzt so notwendige Bekenntnis zum Schutze der Republik wurde in einem kleinen Nebenabzweig erledigt. Wir billigen es, daß die neue Regierung die Reparationsnote des Kanzlers Brüchler übernimmt und hierin den Kurs der vorigen Regierung weiterverfolgen will, sprechen aber nicht das Vertrauen aus, daß der neue Reichskanzler diesen Kurs einhalten imstande ist. Wenn er von diesem Kurs abweichen wird, wird er unsere lebhaftesten Widerstand finden, ebenso wenn er den verhängnisvollen Versuch machen sollte, die Zwangswirtschaft vollständig zu beseitigen und an dem Achtstundentag zu rütteln.

Nebner unterzieht die einzelnen Minister einer Kritik und greift den Ernährungminister Müller (Dinn) heftig an, weil er nicht nur ein Vertreter der agrarischen Interessen, sondern ein Führer der rheinischen Sonderverbände sei. Herrn Dr. Webers Ehrlichkeit zollt Nebner Anerkennung, kündigt ihm aber scharfen Kampf an, wenn er als Freund Selbsterhaltung des Gegenstandes der Wirtschaftspolitik der früheren Regierung treiben sollte. Für den Außenminister v. Rosenbergs sei es keine Empfehlung, daß man ihm nachrühme, sich die diplomatischen Sporen in den Verhandlungen von Breit-Hotowitz und Bukarest verdient zu haben. Nebner schließt mit der Bemerkung, es müsse die Legende zerstört werden, daß man in Deutschland auch ohne oder gegen die Sozialdemokratie regieren könne.

Reichsernährungsminister Dr. Müller

ergreift das Wort zu einer Erklärung gegen die gegen ihn erhobene Vorwürfe. Er sagte u. a.:

„Ich darf den ungeheuerlichsten Vorwurf, der je gegen einen Deutschen erhoben worden ist, den Vorwurf des Landesverrats, nicht un widersprochen ins Land gehen lassen. Der Abg. Breitfisch hat ihn zwar nur verlausuliert erhoben, aber die Worte „Landesverrat“ und „Zuchthaus“ sind gefallen. Ich weise diese Äußerungen auf das entschiedenste zurück. Sie sind unwahr. Ich fordere den Abg. Dr. Breitfisch auf, sein Beweismaterial vorzulegen. Die Tatsachen sind folgende: Im Jahre 1913 haben im Rheinlande viele angesehene Männer dem Problem der Rheinlandfrage in gleichem Sinne gegenübergestellt wie ich, nämlich in dem Sinne, daß die Frage, dem Rheinlande im Verband des Deutschen Reiches eine seiner Eigenart entsprechende Stelle einzuräumen, sehr wohl erörterungsfähig sei. Auch der Artikel 18 der Reichsverfassung beschäftigt sich bekanntlich sehr eingehend mit diesem Problem der Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches. Nichts anderes und nur dies ist der Inhalt der Erörterungen von damals gewesen und niemals habe ich einer Bewegung angehört, die auf Abtrennung von Gebietsteilen vom Reich oder auf Lockerung ihres Zusammenhanges mit dem Reiche hinarbeitete. Als in diese durchaus legale Bewegung Persönlichkeiten sich einschoben, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann, habe ich daraus die gebotenen Folgerungen gezogen und nicht gezögert, mich von der Bewegung zu trennen.“

Daß ich vom Boden vaterländischer Gesinnung nie abgewichen bin, haben mir meine Kölner Mitbürger im Herbst desselben Jahres bezeugt, als sie mich durch ihr Vertrauen zum Stadtrat von Köln gewählt haben. Es dürfte auch einigen Parteifreunden Breitfischs nicht unbekannt sein, daß die gemeinschaftliche Entschließung sämtlicher politischer Parteien der Rheinprovinz, die sich mit diesem Problem befaßt haben, von mir als Mitglied des Ausschusses der Rheinischen Zentrumspartei, dem ich angehöre, zum Teil mitgefaßt und alle von mir ausdrücklich gebilligt worden sind. Die republikanische Verfassung des Reiches ist vor zwei Jahren von mir als mittelbaren Staatsbeamten beschworen worden. Dieser Treupflicht entsprechend, im Einklang mit meinen eigenen Überzeugungen, suche ich Volk und Vaterland, Staat und Reich zu dienen. Als Vertreter der Landwirtschaft habe ich das Umlagegesetz in seinem Werden bekämpft, aber nie nach dem Inkrafttreten des Gesetzes geraten, das einmal zustande gekommene Gesetz zu misshandeln. Es war mein Recht und war meine Pflicht als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen vor jeder Wahlnahme zu warnen, die geeignet ist, das nächstliegende Ziel der Volkswirtschaft zu beeinträchtigen, nämlich die landwirtschaftliche Produktion zu heben. Wenn ich schon als landwirtschaftlicher Vertreter mich auf den Boden des einmal erlassenen Gesetzes gestellt habe, so betrachte ich es als meine erste selbstverständliche und vornehmste Pflicht, als Minister für Landwirtschaft und Ernährung zu erklären, daß die Umlage heringeholt werden muß und zwar vor allem im Wege verständnisvoller und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Im übrigen hat mir der Reichskanzler auf meine Bitte zugestimmt, mit höchster Beschleunigung eine Klärung dieser ganzen Angelegenheit herbeizuführen.“

Hg. Sollmann (Sog.)

Es geht hier um den Minister Dr. Müller, nicht um seine Person, wenn ich gegen meine früheren Ritzbürger Stellung nehme.

Am 5. August 1919, noch ehe die deutsche Republik nach innen und außen konsolidiert war, noch vor der Ratifikation des Friedensvertrages, hat der jetzige Minister Dr. Müller an einer geheimen Versammlung teilgenommen und dort, allerdings, nach einem Bericht seines Parteiblattes, der „Rheinischen Volkszeitung“ zu schließen, so offen wie hier sein Deutschum betont.

Der Bericht der Rheinischen Volkszeitung hat sich in dieser Versammlung — der „Rheinischen Volkszeitung“ zufolge — Dr. Müller ausgesprochen. Er hat erklärt, daß diese — verfassungsmäßig zustande gekommene — Sperrfrist den Rheinländern gegen ihren Willen und ohne sie zu fragen, aufzugesungen worden sei.

Zur Vorgeschichte der Kabinettsbildung. Der deutschpolenparteiliche „Zeit“ wurde eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Vorgeschichte der Kabinettsbildung mitgeteilt.

Die landwirtschaftliche Spritbrenner wollen das Volk noch immer glauben machen, daß die Spritbrennerei aus Kartoffeln und Mais wegen der dabei erzeugten, für die Viehhaltung unentbehrlichen Schlempe notwendig sei, da nur so namentlich auf magerem Sandboden, große Mengen natürlicher Stalldüngers erzeugt werden können.

Die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Das neue Kabinett ist und will nicht sein ein Parteikabinett. Das Zentrum hat volle freie Hand. Es ist ein Kabinett, nicht ein Koalitionskabinett, es ist schließlich ein Kabinett Cuno. Wir sind bei seinem Zustandekommen nicht gefragt worden, wir sind frei in unseren Entschliessungen diesem Kabinett gegenüber.

Ich habe die Tatsachen vorgezogen. Der Reichstag mag sich seine Meinung selbst bilden. Zuschriften und Deputationen aus dem Rheinland sind gestern und heute energisch mit der Forderung an uns herangekommen: Dr. Müller, der Sonderbündler, der Kamerad Dr. Dortens, gehört nicht in die Regierung des Deutschen Reiches!

Der Vorredner wird nicht erwarten, daß ich auf seine Darlegungen in einzelnen eingehen. Minister Dr. Müller hat die Bitte an mich gerichtet, die Angelegenheit alsbald in aller Gründlichkeit zu untersuchen. Ich habe dem zugestimmt. Sie können versichert sein, daß die Untersuchung von objektiven Gesichtspunkten ausgehen und mit aller Gründlichkeit durchgeführt werden wird.

Die weitere Aussprache über die Regierungserklärung wird Samstag 10 Uhr vormittags fortgesetzt werden. Schluß gegen 10 Uhr.

Zur Vorgeschichte der Kabinettsbildung.

Der deutschpolenparteiliche „Zeit“ wurde eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Vorgeschichte der Kabinettsbildung mitgeteilt, die demnach auf Herrn Dr. Stresemann zurückzuführen sind.

Die landwirtschaftliche Spritbrenner wollen das Volk noch immer glauben machen, daß die Spritbrennerei aus Kartoffeln und Mais wegen der dabei erzeugten, für die Viehhaltung unentbehrlichen Schlempe notwendig sei, da nur so namentlich auf magerem Sandboden, große Mengen natürlicher Stalldüngers erzeugt werden können.

Die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Das neue Kabinett ist und will nicht sein ein Parteikabinett. Das Zentrum hat volle freie Hand. Es ist ein Kabinett, nicht ein Koalitionskabinett, es ist schließlich ein Kabinett Cuno. Wir sind bei seinem Zustandekommen nicht gefragt worden, wir sind frei in unseren Entschliessungen diesem Kabinett gegenüber.

Ich habe die Tatsachen vorgezogen. Der Reichstag mag sich seine Meinung selbst bilden. Zuschriften und Deputationen aus dem Rheinland sind gestern und heute energisch mit der Forderung an uns herangekommen: Dr. Müller, der Sonderbündler, der Kamerad Dr. Dortens, gehört nicht in die Regierung des Deutschen Reiches!

Der Vorredner wird nicht erwarten, daß ich auf seine Darlegungen in einzelnen eingehen. Minister Dr. Müller hat die Bitte an mich gerichtet, die Angelegenheit alsbald in aller Gründlichkeit zu untersuchen. Ich habe dem zugestimmt. Sie können versichert sein, daß die Untersuchung von objektiven Gesichtspunkten ausgehen und mit aller Gründlichkeit durchgeführt werden wird.

Die weitere Aussprache über die Regierungserklärung wird Samstag 10 Uhr vormittags fortgesetzt werden. Schluß gegen 10 Uhr.

Zur Vorgeschichte der Kabinettsbildung.

Der deutschpolenparteiliche „Zeit“ wurde eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Vorgeschichte der Kabinettsbildung mitgeteilt, die demnach auf Herrn Dr. Stresemann zurückzuführen sind.

Die landwirtschaftliche Spritbrenner wollen das Volk noch immer glauben machen, daß die Spritbrennerei aus Kartoffeln und Mais wegen der dabei erzeugten, für die Viehhaltung unentbehrlichen Schlempe notwendig sei, da nur so namentlich auf magerem Sandboden, große Mengen natürlicher Stalldüngers erzeugt werden können.

Die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Londoner Stimmen.

Das Kabinett Cuno wird bisher in den Londoner Zeitungen redaktionell noch nicht kommentiert; die Berliner Korrespondenten der Wäiter sprechen sich zweifelnd darüber aus, ob es von Bestand sein werde.

Rücktritt Dr. Müllers.

Nur vor Drucklegung des Blattes erreicht uns eine Berliner Meldung, wonach Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn zurückgetreten sein soll.

Kurze polit. Nachrichten.

Sidney Sonnino †. Der mehrfache frühere italienische Ministerpräsident Sonnino ist in der gestrigen Nacht im 75. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen.

Badische Wochenrückblicke.

Da die Ernährungslage unseres Volkes so taurige Wege geht, ist es angebracht, die Krankheitserscheinungen des Problems näher zu untersuchen. Man stößt dabei immer wieder auf die Tatsache, daß in vollständiger Mißachtung der Lage die Produkte des heimischen Bodens nicht unterkürzt der Volksernährung zugeführt werden.

Die landwirtschaftliche Spritbrenner wollen das Volk noch immer glauben machen, daß die Spritbrennerei aus Kartoffeln und Mais wegen der dabei erzeugten, für die Viehhaltung unentbehrlichen Schlempe notwendig sei, da nur so namentlich auf magerem Sandboden, große Mengen natürlicher Stalldüngers erzeugt werden können.

Die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Buchkritik.

Rudolf Guch: Die Familie Hellmann. Roman. (Bücherei-Verlag Leipzig.) — Rudolf Guch hat schon immer gute und gehaltvolle Romane geschrieben. (Der Name Guch verpflichtet dazu!) Und auch dieser verdient das gleiche Lob. Er spielt in Norddeutschland, wird aber auch bei uns im Süden seine Leser finden. Denn die Probleme, die seinen Inhalt ausmachen, bewegen auch uns, und die norddeutsche Eigenart wird nirgends zu stark betont.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Vertraut mit der Welt. Eine chinesische Liebesgeschichte. (Erich Reißner's Nachf. August Scherl Leipzig.) — Vertraut mit der Welt hat mit dieser Erzählung ein Werk geschaffen, das in seiner Art als ein Kabinettstückchen seiner Erzählertkunst gelten kann. In den Geist Chinas hat sie sich ganz vortrefflich eingeföhlt. (Daß die Chinesen sich läusen, wußte ich allerdings noch nicht.) Und so ist ein Wächlein entstanden, das kulturell völlig auf chinesischem Boden steht, von unserer eigenen Heimat aber einen besonderen poetischen Duft entleitet. Dabei ist die Schilderung durchaus nicht etwa sentimental im üblichen Sinne dieses Wortes. Ein postivell veranlagter männlicher Schriftsteller würde sich kaum anders ausgedrückt haben. Um ein Verbrechen aus Liebe und Eifersucht dreht sich die Handlung. Doch erinnert die geschmackvolle und psychologisch wohl abgewogene Darstellung dieses Verbrechens und seiner Aufdeckung in keinem Punkt an den Sensationsroman. Durch das Ganze zieht sich, wie ein Geflechtsfaden, der chinesische Glaube an gewisse übernatürliche Kräfte der Tiere. So empfängt die Erzählung so allem übrigen noch den Reiz des Mysteriösen und Geheimnisvollen. C. A.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Die landwirtschaftliche Spritbrenner wollen das Volk noch immer glauben machen, daß die Spritbrennerei aus Kartoffeln und Mais wegen der dabei erzeugten, für die Viehhaltung unentbehrlichen Schlempe notwendig sei, da nur so namentlich auf magerem Sandboden, große Mengen natürlicher Stalldüngers erzeugt werden können.

Die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

Wie die Sozialdemokraten zu diesem „Dolchstoß“ gestanden haben, zeigt ein Artikel des Hg. Dr. Meersfeld vom August 1919, in dem er seine Parteigenossen zur kräftigen Ablehr dieser landesverräterischen Bewegung auffordert.

der Ernährungswirtschaft werden wertvolle Vorkünder entzogen. Wir haben eine neue Regierung erhalten. Die alte hat von einer „Beschränkung des Alkoholverbrauchs“ gesprochen — möge das das jetzige Kabinett auch nicht vergessen.

Die badischen Landwirte werden den Erfolg der Berliner Verhandlungen beim Reichsernährungsministerium durch den jetzigen Staatspräsidenten Kemmerle und seinen Referenten lebhaft begrüßen. Auf Grund dieser Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister Dr. Fehr soll die Höhe des Umlagegetreides in Baden entsprechend dem weniger günstigen Ausfall der Ernte herabgesetzt, statt der geforderten 22 000 Tonnen sollen nunmehr 12 500 Tonnen abgeliefert werden. Es wird allerdings damit gerechnet, daß diese Menge nun auch tatsächlich zur Ablieferung kommt.

Im Haushaltsausschuß des badischen Landtags wurde über diese Verhandlungen beraten. Allerdings ist die Herabsetzung des Getreideumlagesolls gegen den größten Widerspruch der Berliner Stellen erreicht worden. Hand in Hand mit der Herabsetzung der Umlagehöhe wünschen die Landwirte, die Getreide zu billigeren Preisen abliefern zu müssen, einen gewissen Ausgleich zu erhalten, etwa in der Weise, daß dem abliefernden Landwirt aus Reichsmitteln in bar und durch Abgabe von Düngemitteln der Preis des Inlandsmarktes für Getreide bis zu 75 Prozent ersetzt werde. Dem wurde in den Verhandlungen des badischen Haushaltsausschusses die Forderung der Festbaldeten und Sozialrentner gegenübergestellt, welche durch Lieferung billiger Lebensmittel unterstützt werden sollen, indem die Differenz zwischen Papier- und Goldmarktlöhnen aus Staatsmitteln ausgeglichen werden sollte. Finanzminister Böhlen wies darauf hin, daß man nur die Ertrags-, Grund- und Gewerbesteuer erhöhen könne, da sonst keine Einnahmen zur Verfügung stünden. Die Illusion, daß das Budget mit einem Überfluß abschließen, sei trotz Steigerung der Einnahmen gründlich zu zerlören; die Aufwendungen für die Beamtenbesoldungen, für Unterstützung charitativer Anstalten, Aufwendungen für die Kirchen, wenn auch nur in Gestalt von Zuschüssen, nehmen alle Einnahmen voll in Anspruch, ohne ganz die Ausgaben zu decken. Die Grund- und Gewerbesteuer haben sich in der Praxis ganz anders ausgewirkt, insbesondere sei ein völliges Versagen des § 13 festzustellen. Das Nettoerträgnis betrage etwa 339 Millionen. Zu berücksichtigen sei auch die Abwälzung der Steuern insbesondere auf die Mieter, also neue Steuerbelastung.

Nunmehr soll ein kleiner Ausschuß aus je einem Vertreter jeder Partei und Gruppe im Benehmen mit den Regierungsvorstreitern das amtliche Material über die Umlage des Getreidesolls auf die einzelnen Amtsbezirke zur Kenntnis nehmen.

Inzwischen stehen wir vor einer neuen Brotpreiserhöhung, die eine Verdreifachung des jetzigen Preises bringen soll. Anders klingt heute der Widerspruch: „Unser tägliches Brot gib uns heute“ — traurig die moderne Fassung: „Unser nötiges Brot gib uns täglich“.

Während der Kampf um die Getreideablieferung geht, kämpfen die Stadtgemeinden um eine intensivere Milchlieferung. Milchknappheit, Milchnot herrscht in den Städten. Inzwischen steigt der Milchpreis. Der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften und Vereine Badens und Württembergs teilt uns mit, daß die Erhöhung des Vollmilchpreises von 70 M. auf 104 M. und des Magermilchpreises von 54 auf 110 M. in der Stadt Karlsruhe nicht etwa durch höhere Kleinhandelszuschläge veranlaßt wurde. Die Kleinhandelszuschläge sind nach wie vor bei Voll- und Magermilch die gleichen. Zurzeit beträgt der Kleinhandelszuschlag (die Geschäftsunkosten einbezogen) bei Vollmilch 5,19 Prozent und bei Magermilch 3,65 Prozent.

Überall zeigt sich das gleiche Bild. So nimmt die schlechte Milchlieferung seitens der Landwirte auch im Kreis Konstanz immer mehr zu. In einem kleinen Artikel gibt die „Konstanzer Zeitung“ folgendes wieder:

„Seit Erscheinen des Aufrufs an die Bürgermeisterämter, die Ortsgeistlichen, die Lehrerschaft usw. sind bis heute

18 Tage vergangen. Während dieser Zeit hat die Tagespresse im allgemeinen, wie die „Konst. Ztg.“ im besonderen, täglich auf die Milchnot hingewiesen. Und der Erfolg? Am 1. November betrug die Milchlieferung 1440 Liter und am 18. November betrug die angelieferte Menge nur noch 1205 Liter (nachdem an den Vorkäufen die Menge noch weniger, einmal nur 1210 Liter, betragen hat). Es ist leicht zu erraten, wann überhaupt keine Milch mehr kommt. Diese Zeitspanne bis heute sollte den Behörden endgültig genügen, sich damit abzufinden, daß mit Aufrufen und Mahnungen nichts erreicht wird. Eine Erhöhung des Milchpreises auf etwa 100 M. würde lediglich den Butterpreis weiter erhöhen. Die pflichtige Milch wird u. G. lediglich abgeliefert durch das eiserne gesellschaftliche Milch, Milch abzuliefern entsprechend der Anzahl der Kühe. Daß Butter in großer Menge hergestellt und an Hamsterer verkauft wird, ist bekannt. Auf dem Lande hat alles Milch: das Kalb, das Ferkel, der Hund, die Kage — Menschen ganz selbstverständlich —; Vollmilch natürlich. Am vergangenen Sonntag hörte der Verfasser dieses eine Bäuerin der Stadt ängstlich zurufen: „Gib der Kage doch e Schüssel voll Milch, man kann das Schreien ja nicht mehr a'hor'n!“ Und ich sah, wie die Kage eine Schüssel voll Vollmilch erhielt, wohl einen halben Liter. — Es muß verlangt werden, daß nunmehr Ernst gemacht wird mit dem Zwang der Anlieferung. Alle gesetzlichen Mittel sind erlaubt. Und den Hamstereern nehme man die Milch nach besonderer Staffellung ab. Jeder Hamsterer aber muß seine Bezugsquelle nennen; weigert er sich, dann ist das Zwangsverfahren mit sofortiger Festnahme anzuwenden. Desgleichen ist den Butter-Verkaufshamstereern auf die Finger zu zeigen. Auch hier ist Zwangsverfahren anzuwenden. Bei geringfügigen Beleidigungen durch die Presse hat man diesen Weg schon gegen Redakteure beschritten; man beschreite ihn nun auch gegen diese „Butterhauer“, „Hamsterer“ genannt, um die Butterquellen zu erforschen.“

Um die betrüblichen Verhältnisse der Milchversorgung der Stadt Karlsruhe, die den Gegenstand zahlreicher Angriffe und Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung und das städtische Milchamt bilden, darzustellen und damit der Öffentlichkeit eine dienliche Klärung zu geben, hat der Oberbürgermeister die Vertreter der Presse am heutigen Samstag zu einer Besichtigung der Einrichtungen des städtischen Milchamtes und der Milchzentrale eingeladen, woselbst die einschlägigen Fragen durch einen kurzen Vortrag an Hand zahlreicher Materials erläutert werden soll. Die Tatsache einer schlechten Belieferung wird aber ah.

Aus der Landeshauptstadt.

* Was ist 22 100? Es ist nicht die Jahreszahl des Weltuntergangs, es ist weder der Preis einer Theaterkarte noch eines schönen Kleidungsstückes, es ist auch noch nicht der Preis einer Flasche Sekt, die bei festlichem Gelage entsapfelt wird. Es ist aber die Postfachnummer der „Winternothilfe Karlsruhe“. Wer noch nicht an sie gedacht hat, veräume dies nicht länger und beweiße es durch eine sofortige Einzahlung auf das Postcheckkonto Nr. 22 100 oder durch eine Zeichnung bei der Redaktion unserer Zeitung.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Umbenennung der Turnlehrerbildungsanstalt dahier betr.
Das Staatsministerium hat unterm 15. November d. J. beschlossen, daß die Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe künftig die Bezeichnung „Badische Landesturnanstalt“ zu führen hat.
Karlsruhe, den 20. November 1922.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Der Ministerialdirektor:
Schmidt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurufeetzungen und der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Zurufesetzung:
auf Ansuchen: Oberamtmann Geh. Regierungsrat Karl Philipp Jolly in Heidelberg.
bis zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit auf Ansuchen: Oberamtmann Karl Büchelin beim Bezirksamt Baden.

Planmäßig ange stellt:
als Gendarmeriewachmeister: Emil Beying in Offenburg und Wendelin Iverser in Ettenheim.

Ernannt:
zum Gendarmeriekommissar: Gendarmerie-Oberwachmeister Johannes Emmerich in Badollschell; zu Gendarmerie-Oberwachmeistern: die Gendarmeriewachmeister: Wilhelm Pfister in Felsheim und Karl Guth in Neblingen.

Zurufesetzung auf Ansuchen:
Gendarmerie-Oberwachmeister Friedrich Öbberinger in Riedersbach und Gendarmeriewachmeister Ferdinand Würde in Achern.

Entlassen:
Gendarmeriewachmeister Otto Eck in Tauberbischofsheim.

Justizministerium.

Ernannt:
die Justizobersekretäre Karl Diehm beim Landgericht Waldshut und Karl Geier bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zu Justizinspektoren; Kanzleisekretär Johann Bauer beim Landgericht Heidelberg zum Justizassistenten, Kanzleihilfe Georg Gedmann beim Amtsgericht Welsheim zum Kanzleissistenten, Hilfsaufseher Peter Maier beim Kreis- und Amtsgerichts Konstanz zum Aufseher.

Planmäßig ange stellt:
Amtsgehilfe Wilhelm Eskner bei der Staatsanwaltschaft Konstanz.

Zurufesetzung:
Justizsekretär Johann Gönner beim Notariat Mannheim.

Arbeitsministerium.

Ernannt:
zu Oberrechnungsräten: Verwaltungsoberinspektor Max Bürlin, Revisionsoberinspektor Jakob Bräuning, Verwaltungsoberinspektor Josef Kamp, zu Revisionsoberinspektoren: Revisionsinspektor Friedrich Grab, Revisionsinspektor Gustav Wädler, Verwaltungsinspektor Paul Schmid, zu Verwaltungsoberinspektoren: Verwaltungsinspektor Otto Gerstenstein, Verwaltungsinspektor Karl Müller, Verwaltungsinspektor Max Schreiner, sämtlich bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Gestorben:
Wolffhard, August, Finanzrat, Vorstand der Evang. Stiftungsfabrik Rosbach.

CYKLONETTE



seit über 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung, sehr billiger Betrieb. Verlangen Sie bestimmt noch heute Angebot „K. Z.“ auf 2-Sitzer, 4-Sitzer oder Lieferwagen von der Cyklon-Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W. 8 A. 592. Eine Postkarte genügt.

Sonntag, den 26. November:
Landestheater. 25 und 15 Mk.
vormittags 11¹/₄ Uhr.
In der Wandelhalle des I. Rangens.
Morgenseier des Theaterkulturverbandes. Vortrag des Herrn Dr. Bab-Berlin über „Goethe und der Aufstieg des Abendlandes.“
Landestheater. **Konzerthaus.**
1 b. n. 9 Uhr. 600 Mk. 7 b. g. 10 Uhr. 250 Mk.
Der Ring des Nibelungen.
3. Tag.
Alt-Heidelberg.
Götterdämmerung.

Große Festhalle
Mittwoch, 29. November, 7¹/₂ Uhr
Arien- und Duetten-Abend
Mafalda
Salvatini
(Sopran) Deutsches Opernhaus, Berlin
Hermann
Jadlowker
(Tenor)
Am Flügel: **Ernö Balogh**-Berlin.
Karten zu 300, 250, 200, 150, 100 u. 80 Mk.
(einschl. Steuer und Einlaßgebühr bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39)

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. —

Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfts —:

R. 959

Städtisches Konzerthaus

BADISCHE SONDERVERANSTALTUNG
75% des Ertrages zugunsten der **Winternothilfe der Stadt Karlsruhe**



Wunder des Schneeschuhs

II. Teil
LICHTSPIELE Fuchsjagd auf Skiern durch das Engadin **LICHTSPIELE**

Erstaufführung: Samstag, den 2. Dezember, 8¹/₂ Uhr abends.
Montag, 4., Mittwoch, 6., Donnerstag, 7., Samstag, 9., Sonntag, 10. Dez., jeweils 8 Uhr abends, außerdem Mittwoch, 6. und Samstag, 9. Dezember, nachmittags 7¹/₂ Uhr.
Nur nummerierte Plätze. — Mindestpreise: 200, 150, 120, 80, 50 Mk. Vorausbestellungen werden unter Angabe von Tag, Zeit und Platz erbeten durch Überweisung auf Postcheckkonto 29726 Karlsruhe. Aufträge werden in Reihenfolge des Eingangs erledigt. Bestellte Karten können ab 30. ds. Mts. bei Musikalienhaus Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, oder an den Vorführungstagen an der Konzerthauskasse in Empfang genommen werden.
Mit harter Hand pocht bittere Not an unsere Türen. Welte Kreise unserer Bevölkerung sehen mit Sorge dem Winter entgegen. Wer beitragen kann zur Linderung des drohenden Unheils, spende reichlich, gebe mehr als gefordert ist, des guten Zweckes gedenkend. Alle Mehrbeträge gehen restlos zu Gunsten der Winternothilfe.
Badische Lichtspiele. Arbeitsausschuß Winternothilfe.

Wir sind stets Abnehmer von **Weichblei**
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karlsruhstr. 14.

Metallbetten
Stahlmatt., Rinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Sulz (Zähr.)

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 952. Bruchsal. Der am 2. Mai 1861 zu Odenheim geborene u. daselbst wohnhafte Ehemann Karl Widder wurde mit Beschluß vom 20. d. M. wegen Trunksucht entmündigt.
Bruchsal, 20. Nov. 1922. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Verstehene Bekanntmachungen.
Jagd-Verpachtung.
Das Bad. Forstamt Reisingen verpachtet Montag, den 4. Dezember 1922, nachmittags 3 Uhr, im Hotel Kriebel in Reisingen auf die Dauer

von 6 Jahren die Jagden in den nachstehenden Domänenwaldungen:
I. „Hellmuth“ nebst den angrenzenden domänenararischen Gütern auf den Gemarkungen Vammmental und Redargemünd mit 154 Hektar; R. 899
2. Domänenwalddistrikt II: „Judenwald“ auf Gemarkung Langenzell mit 128 Hektar;
3. Domänenwalddistrikt III: „Seiden - Frohwald“ auf den Gemarkungen Langenzell und Lobensfeld mit 156 Hektar;
4. Domänenwalddistrikt IV: „Rohberg“ auf Gemarkung Waldwinnersbad mit 88 Hektar.
Die Verpachtungsbedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Forstamtes zur Einsicht auf.

Jagd-Verpachtung.
Die Gemeinde Grunern verpachtet am Mittwoch, den 29. November 1922, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus daselbst, die Ausübung des ihr zustehenden Jagdrechts auf weitere 9 Jahre vom 1. Febr. 1922 an und zwar: B.4.2.1. Die Feldjagd mit circa 380 Hektar Gelände; 2 die Waldjagd, gemeinsam mit dem Stadtwald, Staufen und des Domänenarars der Gemarkung

Grunern mit zusammen 616 Ar Waldgelände. Grunern, 18. Nov. 1922. Der Gemeinderat: Fischer.

Bekanntmachung.
Den Kammergebietsamt im Amtsbezirk Stodach betr.
Der Kreisbezirk Stodach II mit Sitz in Neuzingen ist alsbald zu beisehen. Derselbe umfaßt die Gemeinden Beuren a/Naab, Bodman, Eigeltingen, Eisingen, Ludwigsbühl, Mühlhölz, Neuzingen, Oettingen, Reute, Stahringen, Steißlingen, Wollershausen, Wollersbühl u. Wollers. Gemeinderungen sind bis spätestens 31. Dezember 1922 bei dem unterzeichneten Bezirksamt schriftlich einzureichen. R. 976
Realität der Zulassung zur Bewerbung, der erforderlichen Angaben u. der beigefügten Schriftstücke beruhen wir auf §§ 6 u. 7 der W. O. vom 29. Nov. 1921 Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 513 Stodach, 22. Nov. 1922. Bad. Bezirksamt.

Tarifserhöhung.
Infolge Erhöhung des Tarifs der Stadt- und Straßenbahnen Karlsruhe, werden ab 26. November 1922 auch die Fahrpreise im Gemeinschaftsverkehr Albstadt-Karlsruhe - St. Strafenbahnen Karlsruhe - erhöht. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro. R. 9
Karlsruhe, 24. Nov. 1922. Badische Lokalbahn A. O.